Zeitschrift: Das Schweizerische Rote Kreuz

Herausgeber: Schweizerisches Rotes Kreuz

Band: 61 (1952)

Heft: 6

Artikel: Neuer Flüchtlingsstrom nach Westberlin

Autor: Reinhard, Marguerite

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-548198

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bild rechts. Die Personalien eines neu zugewiesenen Ostflüchtlings werden aufgenommen und in die Lagerkontrolle eingetragen.

FOTOS FRITZ ESCHEN, BERLIN - WILMERSDORF





Bild M. Hier wohnen sie nun, die Ostflüchtlinge, in diesem Heim, das Sommer wohl Schutz bietet, im Winter aber gänzlich ungen wäre. Die Chefärztin des Sozialamtes für das Flüchtlingswes Malte uns, dass sie für solche Unterkunft, was die hygienische Sandamen anbetreffe, fast nicht die Verantwortung überneh sonne. Woher aber alles von heute auf morgen nehmen? Sind die Minge nicht doch besser daran mit einem Dach über dem Korlonack, auf dem sie sich ausstrecken können, und einer Dech wenn sie draussen in den Strassen herumirren müssten?



Bild links. Die Räume der halbzerstörten Fabrik werden in aller Eile für die Aufnahme von Ostflüchtlingen notdürftig zurechtgemacht. Später werden die Flüchtlinge selbst überall zugreifen, um ihr «Heim» wirklich in eine wenigstens annehmbare Wohnstätte umzugestalten.



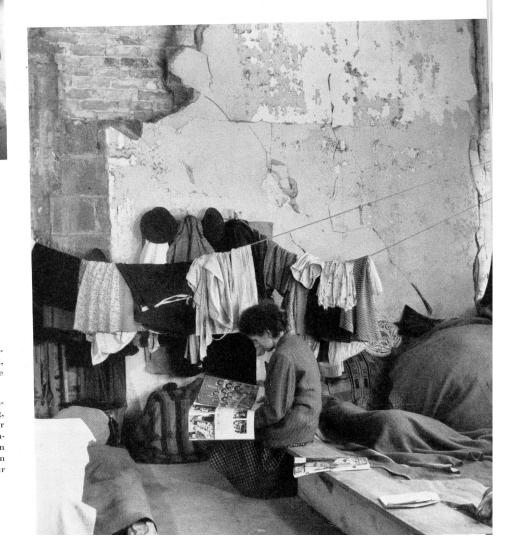
Und Sitzgelegenheiten gibt es ja auch in diesen improvisierten Herbergen und ... sehr viel Warten, Bangen und ein ganz klein wenig Hoffmung.

Bild rechts. Ein Flüchtling fasst im Materialraum das Essgeschirr und die Wolldecken. Dass diese Wolldecken da sind, bedeutet fast ein Wunder; denn die Flüchtlingsflut ist ganz unerwartet über Berlin hereinsebrochen.

NEUER FLÜCHTLINGSSROM NACH WESTBERLI

Von Marguerite Reinhard

W estberlin steht als einsame kleine Insel der Demokratie im deutschen Meer. Jedesmal, wenn neue Wogen über Ostder spülen sie grosse Mengen von menschlichem Strandgut hinein Stadt.





Die Ostflüchtlinge müssen nicht nur beherbergt, sondern auch ernährt werden. Der Senat für das Flüchtlingswesen bezahlt für die Ernährung eines jeden Flüchtlings täglich 2.50 DM, so dass die Mahlzeitenzusammensetzung richtig überdacht und gut eingekauft werden muss. Nicht überall konnten in den improvisierten Auffanglagern Küchen eingerichtet werden. Andere Lager mussten einspringen und von einer Stunde zur andern noch 500 oder 1000 Mahlzeiten mehr zubereiten. Flüchtlinge helfen beim Schälen der Kartoffeln oder beim Gemüsereinigen.

Was bedeutet dieser grosse Flüchtlingszustrom für Westberlin? Welche Verhältnisse finden die Einwanderer in dieser Stadt?

Westberlin hat 2,1 Millionen Einwohner, wovon 1 Million öffentlich unterstützt wird. Fast die Hälfte der Einwohner ist somit unterstützungsbedürftig. Da ist vor allem das grosse Heer der 298 000 Arbeitslosen, die mit ihren Familien erhalten werden müssen. Jede vierte Erwerbsperson lebt also in Berlin seit Jahren ohne jede Arbeit, die Erwerbstätigen selbst sind nicht einmal volle 48 Stunden in der Woche beschäftigt. An die Arbeitslosen reihen sich die rund 200 000 Ostzonen-Flüchtlinge, die nur mitbringen konnten, was sie



Für kleine Unpässlichkeiten ist die Schwester da, die für alles eine Salbe, ein Pflästerchen und ein freundliches Wort bereithält. Für eine Mutter mit kleinen Kindern ist das enge Lagerleben in den übervölkerten Räumen besonders hart. Die Kleinen möchten die Glieder bewegen, die Stimmen üben, herumtollen, aber immer ist jemand da, der Einspruch erhebt.

Zum Glück gibt es aber neben fast jedem Auffanglager ein mit Sand durchwirktes Grünplätzchen, wo sich die Kinder austoben oder sich ganze Familien beim Plaudern und Lesen der Illusion eines Ferientages hingeben können. Ja, wenn die düstere Zukunft nicht wäre!

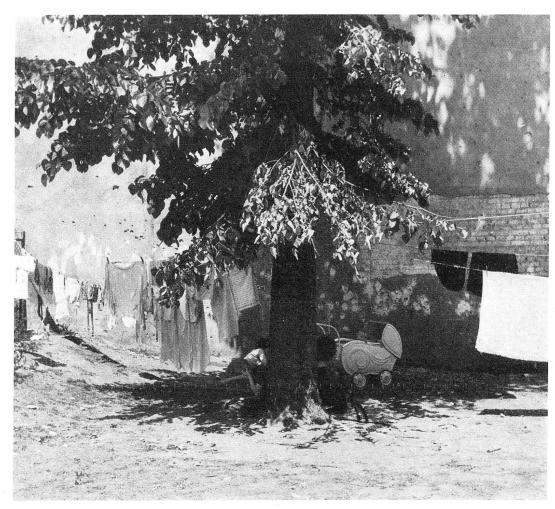


auf dem Leibe trugen, die also gänzlich mittellos sind und in vollem Umfange unterstützt werden müssen. Dazu kommt die öffentliche Fürsorge für rund 300 000 Heimatvertriebene von 1945/1946, die jedoch nicht mehr als Flüchtlinge in Erscheinung treten und auch nicht mehr zu diesen gezählt werden, ferner 200 000 Rentenempfänger sowie die Ausgaben für die Kriegsfolgenhilfe. Westberlin ist mit einem unvorstellbar hohen sozialen Aufwand

belastet, der für seine Wirtschaft schwerste Probleme stellt.

Und doch weist diese vollgepfropfte Stadt keinen Flüchtling über die Zonengrenze zurück, ihre Bevölkerung ist mit bewundernswertem Mut und einer Zähigkeit ohnegleichen zu jedem Opfer bereit, um ihr die Freiheit zu erhalten und auch Flüchtende an dieser Freiheit teilnehmen zu lassen.

Fortsetzung auf Seite 22



In diesem Hof können die Frauen auch die Wäsche trocknen, oder den Wagen mit dem Jüngsten in den Schatten eines Baumes stellen. Dieser Jüngste ahnt nicht, wie hart das Schicksal ins Leben seiner Familie eingegriffen hat.

Westberlin ist aber mit dem besten Willen nicht in der Lage, den Flüchtlingen das zu bieten, was sie sich in den schweren Stunden der Entscheidung, die der Flucht vorangegangen sind, vorgestellt und in allzu hellen Farben ausgemalt haben: eine neue Existenz. Ach ja, die Flüchtlinge hatten sich in ihren Wunschträumen alles so ganz anders vorgestellt. Sie glaubten, man würde sie mit offenen Armen empfangen. Sie stellten sich vor, sie würden sofort nach Westen fliegen, dort frei Wohnort und Lebensweise wählen können, man würde ihnen unverzüglich Arbeit oder Boden zum Bebauen zuweisen, und dort würden sie endlich frei sein und Ruhe finden. Illusion über Illusion! In Wirklichkeit erwartet sie nichts anderes als ein mühevoller Instanzenweg, der, frühestens nach vierzehn Tagen, spätestens nach sechs Wochen, in den meisten Fällen zur Ablehnung der Notaufnahme und damit zur Arbeitslosigkeit und zum kargen, eingeengten Leben in einem überfüllten Flüchtlingslager oder in irgendeiner privaten Unterkunft führt. Die Menschen, die sich schon am Ziele wähnten, werden von Tag zu Tag missmutiger, sie verlieren die Nerven, sie beginnen zu schimpfen, sie sind bis zutiefst enttäuscht.

Wie ist dieser Instanzenweg? Weshalb können nicht alle Flüchtlinge anerkannt werden?

Täglich treten augenblicklich etwa 500 bis 600 Flüchtlinge über die Sektorengrenze. In langer Schlange stehen sie schon am frühesten Morgen vor den Toren des Flüchtlingsamtes an der Kuno-Fischerstrasse und werden in kleinen Gruppen ins Haus geführt. Auf einem Laufzettel für das Notaufnahmeverfahren werden die Personalien des Flüchtlings registriert und zugleich auf eine Kartothekkarte eingetragen. Anschliessend wird der Flüchtling ärztlich genau untersucht und erhält einen Gesundheitspass, ohne den ihm das weitere Aufnahmeverfahren verschlossen bleibt. In einem andern Raum wird er eingehend über die Gründe seiner Flucht befragt, die er, wenn möglich, belegen muss. Diese Befragung ist für den Flüchtling sehr wichtig, ja, sie entscheidet über sein weiteres Schicksal. Nach der ab 4. Februar 1952 in Berlin geltenden bundesgesetzlichen Regelung können als Fluchtgründe neben der drohenden Gefährdung an Leib und Leben auch sonstige zwingende Gründe bei der Beantragung der Notaufnahme geltend gemacht werden. Aber auch nach dem neuen Verfahren muss für die zweite Gruppe eine besondere politische Gefährdung nachgewiesen werden. Es können nur solche Personen aufgenommen werden, die in eine grössere Zwangslage geraten sind, als sie all den übrigen Bewohnern der Sowjetzone eigen ist, in eine so ausgeprägte Zwangslage also, dass sie ein Verbleiben in der sowjetischen Besatzungszone oder im Ostsektor von Berlin unmöglich macht. Wirtschaftliche oder berufliche Gründe rechtfertigen somit keineswegs eine Notaufnahme.

Alle Angaben der Flüchtlinge werden genau überprift, was zwei bis sechs Wochen in Anspruch

nehmen kann; denn jeder Fall verlangt eine Reihe von Erkundigungen oder Rückfragen bei Vertrauensleuten, da sich die Flüchtlinge sehr oft der Lüge bedienen, nur um anerkannt zu werden. Während dieser Zeit der Ueberprüfung werden die Flüchtlinge einem Durchgangslager zugewiesen. Wie einfach das klingt! Uebertragen wir indessen die Forderung, täglich 500—600 Obdachlose zusätzlich unterzubringen, auf unsere Verhältnisse!

Die Westberliner haben das schrecklichste Luftbombardement der Geschichte, Vergewaltigungen, Chaos und Plünderungen, Epidemien und Hungersnot der ersten Nachkriegsjahre sowie die Blockade, die schwerste Forderungen an sie stellte, überstanden. Sie sind nicht leicht aus der Ruhe zu bringen. aber der Flüchtlingsstrom droht ihnen nun doch fast über den Kopf zu wachsen. Die rund sechzig Flüchtlingslager sind alle über- und überfüllt. Täglich müssen neue Räume bereitgestellt, mit Matratzen oder Strohsäcken versehen, Wasch- und Toilettenmöglichkeiten geschaffen werden, und kaum ist ein solches Lager in irgendeiner halbzerschossenen Fabrik improvisiert, steht schon wieder ein neuer Flüchtlingsstrom vor dem Flüchtlingsamt und wartet auf Aufnahme und Obdach. Auf Unterkunft in einer halbzerstörten Stadt! Und alle diese Menschen müssen ernährt werden. Eine ungeheure Arbeit und Belastung, in die sich das Flüchtlingsamt, das Berliner Rote Kreuz und - in kleinem Maßstab — noch andere Institutionen teilen. Dabei fehlt ihnen das Geld. Die Verpflichtungen des Berliner Roten Kreuzes gehen in die Hunderttausende; es weiss nicht mehr, wie es sich drehen soll.

Nur rund 30 % der Flüchtlinge erhalten nach eingehender Prüfung die Anerkennung. 80 % dieser Anerkannten übernimmt seit dem 4. Februar der westdeutsche Bund, während 20 % in Berlin eingebürgert werden, wo sie Arbeit suchen dürfen, der grossen Arbeitslosigkeit wegen aber selten finden. Die Flugkosten allein für die nach Westdeutschland reisenden Flüchtlinge betrugen im ersten Quartal 1952 rund 820 000 DM. Die Flüchtlinge finden in Westdeutschland Unterkunft in Aufnahmelagern, bis sie Arbeit und eine Wohnung gefunden haben.

70 % der Flüchtlinge werden nicht anerkannt, da sie weder Gefahr an Leib und Leben noch sonstige zwingende Gründe zur Flucht nennen können. Nur wenige kehren in die Ostzone zurück, die meisten aber nehmen Asylrecht an und werden in einem Aufnahmelager untergebracht oder finden in irgendeiner Wohnung Unterkunft. Arbeiten dürfen sie nicht. Sie erhalten von Westberlin nebst einem Bett und Nahrung ein kleines monatliches Taschengeld von höchstens 12 DM je Familie.

Gerade dieser Personenkreis ist durch seine ungeklärte Lebenslage besonders gefährdet, weil eine Rückkehr in die Heimatorte von den meisten abgelehnt wird und nach längerem Aufenthalt in Berlin auch kaum noch möglich ist. Die Gefahren, in die Kriminalität abzusinken, illegale Arbeit unter Tarif zu leisten oder in Ausweglosigkeit zu verzwei-

feln, belasten diese Gruppe zunehmend, wenn nicht Abhilfe durch Sondermassnahmen in Zusammenarbeit mit dem westdeutschen Bund geschaffen werden kann. Die seelische Not dieser abgewiesenen Ostzonen-Flüchtlinge ist besonders gross. 1945/1946 waren die Flüchtlinge gezwungen worden, ihre Heimat zu verlassen. Die Entscheidung lag nicht bei ihnen, sie wurden einfach dazu gezwungen. Die Ostzonen-Flüchtlinge aber entscheiden sich selbst zur Flucht, nachdem sie diesen Gedanken tage-, oft wochenlang in sich herumgetragen, das Für und Wider in qualvoller Unentschiedenheit abgewogen und sich den Entscheid nach vielen schlaflosen Nächten abgerungen haben. In diesen langen Tagen in Westberlin, in diesen Tagen ohne Arbeit, ohne Aussicht, in der Kargheit der Unterbringung nehmen immer mehr die Zweifel überhand; «War es richtig, dass ich geflohen bin? Hätte ich nicht ausharren sollen? War ich wirklich so gefährdet, wie ich das angenommen hatte? Dort hatte ich doch wenigstens ein eigenes Dach über dem Kopf. Doch hätte ich es wirklich noch?» Zweifel und Reue nagen an den Flüchtlingen; sie leben in grosser seelischer Zerrissenheit. Das Problem der abgewiesenen Zugewanderten bleibt solange ungelöst, bis Wege gefunden werden, auch dieser Gruppe von

Flüchtlingen durch Weiterleitung nach Westdeutschland oder durch andere Massnahmen eine neue Lebensbasis zu geben und sie zu legalisieren.

Die jugendlichen Flüchtlinge, die einzeln über die Grenze kommen, werden in einem gesonderten Lager untergebracht; für ihre Anerkennung besteht ein Sonderverfahren. Da für sie im Westen weit bessere Arbeitsmöglichkeiten bestehen, werden sie viel weniger streng gesichtet.

Berlin ist eine verarmte Stadt mit ungeheurer sozialer Belastung. Es hat weder Hinterland noch Landwirtschaft und ist wirtschaftlich gänzlich vom Westen abhängig. Die Stadt zeigt unerschütterliche Haltung; sie setzt sich mit trockenem Humor über die nicht endenwollenden Schwierigkeiten hinweg, der bewunderungswürdig ist. Berlin kann aber mit unserer blossen Bewunderung nicht leben. Es bedarf der Hilfe, es bedarf vor allem namhafter Aufträge, um der Geldknappheit und Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Es erwartet deshalb von der Bundesrepublik im Rahmen ihres wirtschaftlichen Hilfsprogramms mehr Aufträge für seine schwer um die Existenz ringende Wirtschaft und die Sicherstellung der Finanzierung seines Notstandsprogramms. Nur so kann es weiterleben und seine heute so wichtige Aufgabe erfüllen.

FLÜCHTLINGSWELLE IN WESTBERLIN

Ende Juli, acht Tage nach unserem Berliner Aufenthalt, erschien in der «Neuen Zürcher Zeitung» ein Telegramm ihres Berliner Korrespondenten Dr. Otto Frei, das wir als Ergänzung unseres Berichtes nachfolgend wiedergeben. Die Redaktion.

estberlin ist kaum noch in der Lage, die Schwierigkeiten zu meistern, die sich durch den angewachsenen Flüchtlingsstrom aus der russisch besetzten Zone Deutschlands ergeben. Gestern stauten sich fast tausend Menschen vor dem Flüchtlingsamt in der Kuno-Fischer-Strasse. Das ist die grösste Zahl von Flüchtlingen, die jemals an einem Tag nach Berlin kamen. Die Situation ist so ernst, dass die Bundesregierung sich heute mit dem Berliner Flüchtlingsproblem befassen will. Vertreter des Westberliner Senats, des Bundesflüchtlingsministeriums und der Leiter des Notaufnahmeverfahrens in Berlin berieten gestern, wie die Stadt die Flüchtlinge, deren Zahl im Monat Juli gegen 10 000 angewachsen ist, aufnehmen soll. Man erwartet in Berlin, dass die Kommissionen aus den Bundesnotaufnahmelagern Giessen und Uelzen nach Berlin kommen und die hier arbeitenden Komissionen verstärken werden.

Der Westberliner Senat hat inzwischen tatkräftig gehandelt. In aller Eile sind in Tempelhof und

Reinickendorf zwei neue Notaufnahmelager errichtet worden, und man will in den nächsten Tagen weitere Auffanglager herrichten. Die städtischen Behörden werden vom Roten Kreuz in vorbildlicher Weise unterstützt. Der Senator für Sozialwesen hat zuhanden der Bundesregierung ein Fünf-Punkte-Programm für Berlin aufgestellt, das folgende Forderungen enthält: Ein grosser Teil der Flüchtlinge soll sofort in die wenig beanspruchten Bundesnotaufnahmelager Uelzen und Giessen abgeschoben werden, da die Stadt Berlin dem Flüchtlingsstrom, der sich nach der Einführung der ostdeutschen Sperrmassnahmen praktisch nur noch auf Westberlin richtet, nicht mehr gewachsen ist. Berlin muss ferner als Aufnahmeland für politische Flüchtlinge praktisch in den Bund einbezogen werden und in den Genuss der entsprechenden Hilfeleistungen des Bundes kommen. Die Bundesregierung soll überdies einen Teil der Flüchtlinge als Umsiedler anerkennen und für die Errichtung eines zentralen Flüchtlingsauffanglagers in Westberlin zusätzlich 2,5 Millionen Mark bewilligen.